**Medien-Mitteilung** (2-16) **www.auns.ch 19. Februar 2016**

**AUNS warnt Bundesbern mit Nachdruck:**

**Es reicht!**

**Online-Medienportale und Agenturen melden, dass die EU-Kommission das Waffenrecht drastisch verschärfen will. Der Erwerb und Besitz von**

**halbautomatischen zivilen Feuerwaffen soll verboten werden. Das heisst, halbautomatische Sturmgewehre, die heute mit einem Waffenerwerbsschein gekauft und im ausserdienstlichen Schiesswesen breit eingesetzt werden, wären auch in der Schweiz verboten, weil neues Schengen-Recht automatisch übernommen werden müsste. Selbst Armeeangehörige dürften nach geleisteter Dienstzeit ihre persönliche Waffe nicht behalten.**

Die Argumente der EU sind fadenscheinig: Mit der Verschärfung solle verhindert werden, dass solche Waffen in die Hände von Terroristen gelangen. Das ist ein absoluter Witz! Die Terror-Organisationen beschaffen ihre Waffenarsenale über andere Wege. Die EU will auch den Gebrauch von Bargeld einschränken. Damit solle die Terrorfinanzierung gestoppt werden. Ebenfalls ein Witz! Es geht den EU-Technokraten um nichts anderes, als die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger zu zerstören. Die Büchse der EU-Pandora hat Bundesbern bereits geöffnet. Die angedrohte EU-Waffenverschärfung ist eine regelrechte Kriegserklärung! Die AUNS warnt Bundesbern eindringlich, die EU-Pläne aus vorauseilendem Gehorsam zu unterstützen. Die AUNS wird nötigenfalls alle Kräfte gegen die Schengen-Mitgliedschaft mobilisieren.

Kontakt:

Lukas Reimann, Präsident AUNS (078 648 14 41)

Werner Gartenmann, Geschäftsführer AUNS (079 222 79 73)